

**Interpellation CVP-Fraktion:****«Nimmt die Regierung die Beschlüsse zum AFP wirklich ernst?»**

An der Februarsession des Kantonsrates sind zum Aufgaben- und Finanzplan verschiedene Beschlüsse gefasst worden. Offensichtlich nimmt die Regierung die Beschlüsse des Kantonsrates nicht sehr ernst.

*Beispiel 1: Neue Bibliothek*

Der Kantonsrat beschloss Verschiebung um ein Jahr. Die CVP-Fraktion verlangte in diesem Zusammenhang, dass vorab die Aufgabenteilung bei diesem Geschäft geklärt wird. Das Bibliothekswesen ist grundsätzlich eine kommunale Aufgabe. In St.Gallen wirkt aus historischen Gründen der Kanton beim Bibliotheksangebot ebenfalls mit. Vor diesem Hintergrund ist offensichtlich, dass zuerst eine Klärung der Aufgabenteilung erfolgen muss, mithin die Standortbeiträge der Stadt auszuhandeln wären. Dem Vernehmen nach planen die beteiligten Departemente munter weiter, indem nun ein Architekturwettbewerb ausgelöst werden soll! Das kann es wohl nicht sein.

*Beispiel 2: Feuerwehrausbildungszentrum Bernhardzell*

Der Kantonsrat beauftragte die Regierung einstimmig, «die finanziellen Mittel im Rahmen der Erweiterung des Zivilschutzausbildungszentrums Bütschwil mit dem Feuerwehrausbildungszentrum Bernhardzell zu koppeln, die erforderlichen Ressourcen zu bündeln und die Synergien zu nutzen.»

In der Interpellationsantwort 51.09.93 erwähnt die Regierung fast beiläufig, «es werde nochmals zu prüfen sein, ob durch gezielte Zusammenarbeit zwischen Zivilschutz und Feuerwehr im Bereich der Ausbildung zusätzliche Synergien genützt werden können». Des Weiteren wird auf fünf Seiten begründet, wieso es ein separates Ausbildungszentrum Bernhardzell braucht. Das entspricht nicht dem Auftrag des Kantonsrates.

*Beispiel 3: Raumkonzept 2011*

Der Kantonsrat beschloss Nicht-Genehmigung. Das Baudepartement möchte offensichtlich hier nun trotzdem weiter planen. Auch dies ist angesichts der Ressourcenknappheit nicht nachvollziehbar.

Wir laden die Regierung ein, folgende Fragen zu beantworten:

1. Fühlt sich die Regierung an die Beschlüsse des Kantonsrates zum AFP nicht gebunden? Werden in formellen Ermessensfragen nicht auch politische Würdigungen hinsichtlich der Signale aus dem Kantonsrat gemacht?
2. Ist die Regierung nicht der Meinung, dass man aufgrund der düsteren Finanzprognosen die Mittel nun fokussiert einsetzen muss?
3. Wie beurteilt die Regierung konkret die drei erwähnten Beispiele? »

19. April 2010

CVP-Fraktion